dbb europathemen

dbb beamtenbund und tarifunion

7. Jahrgang **aktuell** Juli/August 2012

Inhalt

Editorial:

Brüsseler Meisterschaften **1**

Bericht aus den Institutionen:

Nach dem Gipfel/ öffentlicher Dienst in Portugal und Italien/ Bundesverfassungsgericht zu Europa/. EU-Haushalt 2013/ OLAF-Jahresbericht/ weniger Schulabbrecher/ Sorge um Demokratie in Rumänien/ Eurofound Jahresbericht/ Streit um Schengen/ Verfahren gegen Deutschland **2-7**

dbb in Europa:

Dauerstädt zu Riester-Zwang/Gute Bodenverkehrsdienste nur durch faire Arbeitsbedingungen/ Europakompetenz und Aktives Altern/ Duale Ausbildung europaweit stärken/ Lühmann in EBD-Vorstand bestätigt/ Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ächten/ Trennung von Netz und Betrieb klären **8-12**

Neues von der CESI:

Heesen begrüßt Richtlinienvorschlag zur Bankenrettung/ Fachtagung in Luxemburg/ Mehr Europa in der äußeren Sicherheit/ CESI-Gespräche zu Grundrechten/ CESI für Finanztransaktionssteuer **13-16**

Bürger und Verbraucher:

Eurobiologisch! **17**

Ausblick:

Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik

Termine **18-20**

Einblick:

Gespräch mit Susanne Kastner Vorsitzende des Verteidigungsausschusses

Impressum **21-24**

Editorial

Brüsseler Meisterschaften

Vermutlich lag es an der Nähe zur Fußballeuropameisterschaft, dass es sich in den Kommentaren nach dem EU-Gipfel am 28. und 29. Juni hauptsächlich um Sieg und Niederlage drehte. Doch die Realität ist nicht wie ein Fußballspiel bei den Europameisterschaften. Mario Monti ging nicht als strahlender Sieger vom Platz, doch genauso wenig wurde er hinweggefegt, so wie es kurz darauf der Squadra Azzurra im Endspiel gegen Spanien widerfuhr. Vielmehr wurde um Kompromisse gerungen und diese auch erreicht. Beide Seiten müssen beim Ringen um die besten Ergebnisse Zugeständnisse machen, doch geht es dabei nicht um das unbedingte Triumphieren einer Seite. Sowohl Deutschland als auch die anderen Euro-Länder werden einen Weg finden, mit den gefundenen Ergebnissen Politik zu gestalten. Nur in der Deutungshoheit bei diesem Gipfel stand es am Ende dann doch 1:0 für Italien.

Anders als beim Fußball gibt es in der europäischen Politik aber keine Endspiele. Wohin die Europäische Union sich entwickeln wird, dazu kann nach den atemberaubenden Integrationsschritten der vergangenen Monate wohl niemand eine verlässliche Prognose liefern. Doch dass auch der militärische Bereich über kurz oder lang wieder in den Fokus der Integrationsdebatte rücken wird, scheint unausweichlich. In unserem Ausblick zeigt Oberst Ulrich Kirsch, der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, die Perspektiven einer künftigen europäischen Gemeinschaftsstrategie auf und im Interview steht die Vorsitzende des Bundestagsverteidigungsausschuss Susanne Kastner Rede und Antwort zu aktuellen Fragen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Ende Juli beginnen die olympischen Spiele, dieses Jahr ausgerechnet in London. Auch dann wird die Tagespresse nicht mit Vergleichen zwischen Politik und Sport geizen. Die Diskussion über ein britisches Europareferendum könnte dann zumindest sinnbildlich Europa aus der Bahn werfen und für schlechte Haltungsnoten sorgen. Die britische Diskussion über die europäische Zukunft des Vereinigten Königreichs kommt zur Unzeit, geht aber an der europäischen Realität bereits um Längen vorbei. Der Startschuss für eine vertiefte europäische Integration ist längst gefallen – die Bankenunion ist hier nur ein Beispiel. Die Ziellinie aber ist noch lange nicht in Sicht.

Die Redaktion wünscht einen schönen Sommer und viel Freude beim Lesen.

Bericht aus den Institutionen

Nach dem Gipfel

"Sie hat nun die Verpflichtung, sehr detailliert zu beschreiben, was das bedeutet." ‚Das' ist die Euro-Krise, ‚sie' die Bundeskanzlerin und gesagt hat es Bundespräsident Joachim Gauck in einem Fernseh-interview Anfang Juli. Und auch wenn in der öffentlichen Debatte kein einheitlicher Tenor zu hören ist, ob Angela Merkel zu viel oder zu wenig erklärt oder ob es nicht die Aufgabe der ganzen Politik ist, die Vorgänge begreiflicher zu machen, Fakt ist: es gibt viel zu erklären. Griechenland hat eine neue Regierung und bleibt dennoch vorerst weiter hinter den gesteckten Zielen zurück, in Deutschland erscheint eine Volksabstimmung über Europa zumindest möglich, die Bankenunion nimmt langsam konkrete Formen an und wird dennoch nicht in Kürze einsatzbereit sein und grundsätzlich wollen alle Sparen, aber auch mehr Geld für neues Wachstum ausgeben.



Europa lässt viele Fragen offen, nun sind Erklärungen gefragt
© Thomas Hammer - Fotolia.com

„Insofern bleiben wir also vollkommen in unserem bisherigen Schema: Leistung, Gegenleistung, Konditionalität und Kontrolle. Und insofern glaube ich, haben wir etwas Wichtiges getan, aber sind unserer Philosophie, keine Leistung ohne Gegenleistung, auch treu geblieben", erläuterte Angela Merkel die Ergebnisse des EU-Gipfels Ende Juni in Brüssel aus Berliner Sicht. Die Leistung, das waren die vom neuen französischen Präsidenten François Hollande geforderten Milliarden für Wachstumsinitiativen. Und auch das Zugeständnis, künftig Direkthilfen für Banken aus EFSF und ESM fließen zu lassen, ohne dass ein Land diese für sich beantragen müsse, konnte in diese Reihe gestellt werden. Die Gegenleistung war, eine deutlich stärkere europäische Bankenaufsicht zu installieren, ohne die keine Direkthilfen an Banken gezahlt werden und das vorläufige Abrücken von Eurobonds. „Wir haben uns gemeinsam bewegt. Die beste Art, die anderen zu bewegen, besteht darin, sich selbst zu bewegen", kommentierte folgerichtig Präsident Hollande seine Sicht des EU-Gipfels.

Nur bei einer wichtigen europäischen Personalie kam es vorerst zu keiner Bewegung diesseits und jenseits des Rheins. Seit Monaten war bekannt, dass Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker diesen Posten Mitte Juli aufgeben wollte. Schon lange vor dem Machtwechsel im Elysée-Palast hatte die deutsche Bundeskanzlerin für ihren Finanzminister Wolfgang Schäuble als Nachfolger geworben. Dagegen hatte der frischgewählte französische Präsident – nach den Wahlen ausgestattet mit einer Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments und entsprechend selbstbewusst - Einspruch eingelegt. Vorrübergehend kamen Gerüchte in Paris und Berlin auf, künftig solle es ein Rotationsprinzip geben. Erst könne Schäuble für zweieinhalb Jahre die Führung der Finanzminister übernehmen, danach solle ihn der französische Finanzminister Pierre Moscovici auf diesem Posten ablösen. Beim Treffen der Euro-Gruppe am 9. Juli wurde aber überraschend verkündet, dass Juncker vorerst bleibt. Dafür wurde der Deutsche Klaus Regling als Leiter des dauerhaften Rettungsschirms ESM nominiert und der luxemburgische Zentralbankchef Yves Mersch soll ins Direktorium der Europäischen Zentralbank aufrücken.



Wird vorläufig weiter für die Euro-Gruppe sprechen: der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker
© Consilium, 2012

Doch trotz aller versöhnlichen Töne auf diplomatischem Parkett gab es auch heftige Kritik an den Gipfelergebnissen. „Die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah, waren falsch", heißt es etwa in einem Protestbrief von 172 Wirtschaftswissenschaftlern um den Ökonomen Hans-Werner Sinn. Die Bankschulden überträfen die der Staaten

um ein mehrfaches und dürften deshalb nicht durch „Steuerzahler, Rentner und Sparer der bislang noch soliden Länder Europas“ getragen werden. Wie das Handelsblatt berichtete, folgte diesem öffentlichen Schreiben eine Antwort weiterer renommierter Wirtschaftswissenschaftler, die ihren Kollegen vehement widersprachen. Laut Bert Rürup, ehemals Vorsitzender des Sachverständigenrats zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, genüge der Text eben „nicht den Ansprüchen, die Ökonomen, die meines Erachtens einer rationalen Argumentation und dem Denken in Alternativen verpflichtet sind, an einen öffentlichen Aufruf stellen sollten“.

Angesichts solcher Debatten über die Zukunft der Europäischen Union sorgte eine Idee des deutschen Finanzministers ebenfalls für hitzige Diskussionen. Wolfgang Schäuble verwies auf die wachsende Bedeutung Europas und stieß zugleich eine Diskussion über eine Volksabstimmung über eine neue deutsche Verfassung an, die die Position der Europäischen Union deutlich stärken solle. Erstmals kam ein solcher Vorschlag von einem amtierenden Bundesminister mit einem entscheidenden Kabinettsposten und fand in weiten Teilen der Opposition deutliche Befürworter. Zurückhaltender reagierte das Bundeskanzleramt. „An dem Punkt sind wir derzeit eindeutig noch nicht“, kommentierte Regierungssprecher Steffen Seibert den Vorschlag. Eine solche Volksabstimmung sei eher ein Schritt von „übermorgen“.

Doch nicht nur die Politik antwortete vielstimmig auf die Gipfelbeschlüsse, auch die Finanzmärkte reagierten uneinheitlich auf die Brüsseler Entscheidung, etwa auch auf die der Europäischen Zentralbank, den Leitzins mit 0,75 Prozent so niedrig wie noch nie in ihrer Geschichte festzulegen. Im Windschatten Zyperns, das – stark abhängig von der griechischen Wirtschaft – Ende Juni ebenfalls den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen musste und just in dieser Situation am 1. Juli die Ratspräsidentschaft übernahm, konnte sich ein bisheriges Krisenland wieder etwas mehr Luft auf den Finanzmärkten verschaffen: Anfang Juli konnte Irland nach 18 Monaten erstmals wieder erfolgreich eine dreimonatige Staatsanleihe über 500 Millionen Euro am Markt platzieren. Trotz der sehr kurzen Laufzeit und des relativ hohen Zinssatzes von 1,8 Prozent wurde die irische Kreditaufnahme als positives Zeichen gewertet. Ab Januar 2013 muss sich das Land wieder selbst am Finanzmarkt mit Krediten versorgen, bis dahin kann es noch die insgesamt 68 Milliarden Euro aus dem Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen. Spanien, das für seine angeschlagenen Banken ebenfalls Gelder aus dem Rettungsschirm beantragte, musste für Staatsanleihen mit gleicher Laufzeit eine Woche zuvor noch 2,34 Prozent Zinsen zahlen.



Keiner hat den europäischen Leitzins je niedriger gesenkt: EZB-Chef Mario Draghi (rechts), hier mit dem spanischen Wirtschaftsminister Luis de Guindos Jurado
© The Council of the European Union, 2012

Die Zeichen in Griechenland standen hingegen auch nach den Parlamentswahlen im Juni weiter auf Sturm. Auch wenn die Nea Demokratia die meisten Stimmen holte und zusammen mit der sozialdemokratischen Pasok und der Partei der demokratischen Linken eine Regierung bilden konnte – alle drei Parteien hatten sich vor den Wahlen grundsätzlich für den Euro und für einen Sparkurs ausgesprochen - das Land kommt nicht zur Ruhe. Auch um der oppositionellen, linken Syriza unter ihrem umtriebigen Vorsitzenden Alexis Tsipras ein Gegengewicht zu bieten, hatte der neue Ministerpräsident Antonis Samaras angekündigt mit der Troika die rigiden Sparauflagen neu zu verhandeln. Obwohl das griechische Parlament dem Premierminister am 8. Juli das Vertrauen ausgesprochen hatte, trat einen Tag später der stellvertretende Finanzminister Nikos Nikolopoulos aus Kritik an der Regierung zurück, diese sei bislang untätig geblieben und habe die versprochenen Verhandlungen um Abmilderung der Auflagen bislang nicht aufgenommen. Am selben Abend beim Treffen der Finanzminister der Eurogruppe wurde Griechenland zudem ein schlechtes Zeugnis ausgestellt: in den Monaten des Wahlkampfs hatten die Reformbemühungen gänzlich geruht.

Portugal und Italien: Diskussionen über Kürzungen im öffentlichen Dienst

Um das von der Troika auferlegte Ziel einer Beschränkung des Haushaltdefizits auf 4,5 Prozent 2012 zu erreichen, hatte die portugiesische Regierung den öffentlich Bediensteten und den Rentnern das Weihnachts- und das Urlaubsgeld gestrichen, also ein 13. und 14. Monatsgehalt. Diese Entscheidung sei verfassungswidrig, entschied nun das oberste portugiesische Gericht, es verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz. Wenn nur einem Teil der Bevölkerung Opfer abverlangt würde, könne dies nicht mit der Verfassung vereinbart werden. Um es der Regierung aber zu ermöglichen, ihre Sparziele für 2012 einzuhalten, gilt die Rücknahme der Streichung erst ab 2013. Derartige Streichungen haben hingegen die öffentlich Bediensteten in Italien erst noch vor sich. Die Regierung unter Ministerpräsident Mario Monti beschloss Kürzungen der öffentlichen Ausgaben von 26 Milliarden Euro bis Ende 2014. Unter anderem soll bis dahin die Zahl der öffentlich Beschäftigten um zehn Prozent sinken. Die Qualität der Dienstleistungen solle darunter aber nicht leiden, verkündete die Regierung.

Bundesverfassungsgericht: mehr Europa, besser kontrolliert

Das Bundesverfassungsgericht setzte sich in den vergangenen Monaten und Jahren wiederholt mit der Europa-Politik der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Zwei neue Verfahren geben nun erneut die Richtung vor, der auch die Bundesregierung folgen muss: mehr Europa ist möglich, aber der Bundestag muss mehr Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten bekommen. In den vorliegenden Verfahren ging es einerseits darum, welche Entscheidung von welchem Gremium im Bundestag gefällt werden muss und andererseits darum, ob die Zustimmung des Bundestages zu Fiskalpakt und ESM noch im Rahmen des deutschen Grundgesetzes stattfand.

Auch bei Fragen wie dem ESM und dem Euro-Plus-Pakt muss der Deutsche Bundestag künftig frühzeitig informiert werden. Auch wenn dies keine klassischen Legislativvorhaben der Europäischen Union waren, kam das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 19. Juni zu dem Schluss, dass Artikel 23 Grundgesetz zur Anwendung kommen muss: „In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten." Da die beiden Vorhaben eng mit den Organen der Europäischen Union verbunden seien, müssten sie auch als Angelegenheiten der Europäischen Union angesehen werden. Künftig muss die Bundesregierung das Parlament bei entsprechenden Vorhaben umfassend im Vorfeld informieren um den Volksvertretern die Möglichkeit zur fundierten Meinungsbildung zu geben.



Urteilt im Namen des Volkes: das Bundesverfassungsgericht
© Thomas Becker - Fotolia.com

Dem Fiskalpakt und dem ESM hatte das Parlament mit großer Mehrheit zugestimmt. Doch Bundespräsident Joachim Gauck verweigerte auf Bitten des Bundesverfassungsgerichts vorläufig seine Unterschrift. In der mündlichen Verhandlung am 10. Juli stellte der Präsident des Gerichts fest, dass es eine sensible Frage zu verhandeln gelte und eine schnelle Entscheidung innerhalb weniger Wochen deshalb nicht garantiert sei. Im Verfahren wird nun als erstes geklärt, ob Deutschland trotz einer Unterzeichnung später die Möglichkeit hätte, wieder aus dem völkerrechtlichen Vertrag auszusteigen. Wegen der Verhandlung dieser rechtlichen Frage konnte der ESM nicht wie ursprünglich geplant am 1. Juli in Kraft treten. Bundesfinanzminister Schäuble warnte, dass das Vertrauen in Deutschland und in die Finanzmärkte insgesamt schwinden könne, wenn das Gericht nicht zu einer schnellen Entscheidung käme, Bundespräsident Gauck das Gesetz dann zeichnen könne und das Inkrafttreten des ESM somit ermögliche.

Verhandlungen für EU-Haushalt 2013

Ab 2014 wird die Europäische Union einen neuen „Mehrjährigen Finanzrahmen" bekommen, die Schwerpunkte für die Mittelvergabe werden bis dahin noch in zahlreichen Gipfeln, Verhandlungsrunden und Ausschüssen diskutiert. Solange gilt noch der alte Finanzrahmen, der in den gegenwärtigen Haushaltsverhandlungen für 2013 als Grundlage dient. Seit dem Kommissionsvorschlag im April, der sich auf ein Volumen von 289 Milliarden Euro beläuft, hat das Europäische Parlament in seinen Ausschüssen die Details diskutiert und ein Verhandlungsmandat für die ersten direkten Verhandlungen mit Kommission und Rat am 9. Juli festgelegt.

„Schon jetzt stellt sich heraus, dass die Mitgliedstaaten den Rotstift genau dort ansetzen wollen, wo europäische Investitionen in Wirtschaft und Wachstum möglich sind. Auch die im Zuge der Krise geschaffenen Bankenaufsichtsbehörden sollen weniger Mittel in 2013 erhalten als noch 2012", beklagt Jutta Haug, stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion S&D, den Budgetvorschlag. Der Entwurf für den EU-Haushalt 2013 schlage Verpflichtungsermächtigungen von rund 150 Milliarden Euro vor. Dies entspreche einer Erhöhung um die Inflationsrate von zwei Prozent gegenüber 2012 und bedeute damit real ein Einfrieren der Gelder. Die Kommission werde ihrem Anspruch an den Haushalt mit diesem Vorschlag nicht gerecht.



EU-Haushalt: wo wird der Rotstift angesetzt?
© PhotoSG - Fotolia.com

Anders schätzt ihr Kollege Alexander Alvaro, Vizepräsident des Europaparlaments und Mitglied der Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, den Vorschlag der Europäischen Kommission ein. „Das Europäische Parlament wird seinen Schwerpunkt auf die Ziele der Agenda 2020 legen. So fördern wir Beschäftigung und Wachstum in Europa." Wichtig sei es deshalb, die Mittel des Haushalts gezielter einzusetzen. „Deshalb folgen wir einer Strategie, die klug investiert und die Bürokratie reduziert. Jetzt ist der Zeitpunkt für intelligentes Haushalten und Mittel dort einzusetzen, wo sie am meisten Mehrwert bringen." Nach dem Verhandlungsauftakt am 9. Juli folgt Ende Oktober die Haushaltslesung des Parlaments und im November voraussichtlich ein Vermittlungsverfahren.

OLAF-Jahresbericht: 691.000.000 Euro zu Gunsten der EU

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat im vergangenen Jahr über 691 Million Euro für den EU-Haushalt eingezogen. „In Anbetracht der derzeitigen Finanzlage ist der Kampf gegen Betrug und Korruption wichtiger denn je", erklärte OLAF-Generaldirektor Giovanni Kessler am 3. Juli in Brüssel. Die Betrugsbekämpfung sollte in allen Mitgliedstaaten mit Nachdruck betrieben werden. „Das OLAF möchte diesen Kampf intensivieren. Deshalb werden wir unsere Untersuchungen künftig noch effizienter und ergebnisorientierter führen und die Zusammenarbeit mit unseren Partnern inner- und außerhalb der EU ausbauen", so Kessler.



OLAF-Beamte im direkten Einsatz: hier beim Zoll in Belgien
© European Commission, 2012

Die Ermittlungen des OLAF hätten zusammengenommen zu Gefängnisstrafen von 511 Jahren geführt. Im Jahresbericht 2011 wird detailliert aufgeschlüsselt, wie viele Fälle OLAF untersucht hat und zu welchem Resultat diese Untersuchungen geführt haben. Die mit Abstand größten Rückforderungen könnten im Bereich der Sturkturfonds gemacht werden (524,7 Mio. Euro). Aber auch im

Zollbereich (113,7 Mio. Euro) und bei Landwirtschaftsförderungen (34 Mio. Euro) kam es zu hohen Rückforderungen. Das Jahresergebnis ist ungewöhnlich hoch, da es aus einem einzelnen Straßenbauprojekt Rückforderungen von 389 Mio. Euro gab, die zu Unrecht bezahlt worden waren.

Weniger Schulabbrecher

Die Zahl derjenigen, die die Schule ohne Ausbildung verlassen, ist 2011 auf 13,5 Prozent gefallen und liegt damit 0,6 Prozentpunkte niedriger als 2010. Auch die Zahl der Hochschulabsolventen ist europaweit auf 34,6 Prozent gestiegen. Dennoch liegen beide Zahlen noch weit von den Zielmarken für 2020 entfernt (10 Prozent Schulabbrecher, 40 Prozent Hochschulabsolventen). Die Europäische Kommission befürchtet zudem, dass die bessere Statistik nicht auf langfristige Reformen zurückzuführen ist, sondern ein vorübergehender Effekt der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Viele Menschen würden länger in Bildungseinrichtungen bleiben, um nicht sofort auf den Arbeitsmarkt zu müssen. Bei einer besseren Konjunkturlage könnten die Zahlen sich wieder verschlechtern.

Sorge um Demokratie in Rumänien

Am 6. Juli veröffentlichte die Europäische Kommission ein Statement, in dem sie ihre Sorge über die aktuellen Entwicklungen in Rumänien zum Ausdruck bringt. Die Unabhängigkeit der Justiz, Rechtsstaatlichkeit und die Gewaltenteilung seien die Grundpfeiler der Europäischen Union und müssten verteidigt werden. Die aktuellen politischen Entwicklungen in Rumänien könnten die Fortschritte der vergangenen Jahre in Gefahr bringen. Hintergrund ist der Versuch der Regierung unter Ministerpräsident Victor Ponta Staatspräsident Traian Băsescu des Amtes zu entheben. Dazu wurde unter anderem mit einer Eilverordnung das Recht des Verfassungsgerichts zur Überprüfung von Parlamentsbeschlüssen eingeschränkt. Am Abend des 6. Juli stimmte das rumänische Parlament für die Amtsenthebung, innerhalb von 30 Tagen muss nun das Volk abstimmen.

Präsident Băsescu hatte zuvor Ponta scharf kritisiert, weil er unter anderem den Rat zur Anerkennung akademischer Titel (CNATDCU) kurzerhand von 20 auf 45 Mitglieder erweiterte. Dies geschah unmittelbar vor einer entscheidenden Sitzung, auf der über die Aberkennung des Doktortitels des Ministerpräsidenten entschieden werden sollte, der unterschiedlichen Angaben zufolge bis zu einem Drittel seiner Arbeit aus anderen Quellen abgeschrieben habe. Ponta selber stellt diesen Skandal als Versuch der Opposition dar, ihn zu schädigen. Vor dem Votum des Parlaments gegen Băsescu hatte die Regierung bereits wichtige Posten in beiden Kammern des Parlaments neu besetzt.



Wolken über dem zweitgrößten Verwaltungsgebäude der Welt: Parlamentspalast in Bukarest
© Richard Robinson - Fotolia.com

Eurofound-Jahresbericht: Stabilisierung und Unsicherheit

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat ihr aktuelles Jahrbuch „Leben und Arbeiten in Europa 2011“ veröffentlicht. Auf der einen Seite habe sich in einigen Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert, andererseits gebe es immer mehr Menschen, die sich um ihre Zukunft und ihren Lebensstandard sorgten. Auch wenn im vergangenen Jahr etwa eine Million neue Arbeitsplätze in Europa neu geschaffen worden seien, habe es dennoch zwischen 2008 und 2011 einen Verlust von 5,5 Million Beschäftigungsverhältnissen gegeben. Die Arbeitslosigkeit sei mit zehn Prozent europaweit nach wie vor sehr hoch.

Ein auf den ersten Blick positives Ergebnis des Berichts ist die Feststellung, dass ein Großteil der neuen Beschäftigungsverhältnisse für hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen worden seien. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass die Wirtschaft nicht in der Lage ist, ein ausreichendes Arbeitsangebot für Geringqualifizierte zur Verfügung zu stellen. Die Krise ging damit zu einem großen Teil auf Kosten

der Mittel- und Geringverdiener, deren Perspektiven sich nochmals verschlechtert haben. Nur in vier Ländern ist seit 2008 die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse kontinuierlich angestiegen. Neben den kleineren Volkswirtschaften Malta und Luxemburg waren dies Deutschland und Polen. Eurofound führt als einen Grund für diese positive Entwicklung die Zeitarbeit an.

Der Jahresbericht verzeichnet für den öffentlichen Sektor einen Verlust von einem Prozent der Arbeitsplätze von Beginn der Krise bis Ende 2011. Von 2008 bis 2010 hatte es in einigen öffentlichen Bereichen, zum Beispiel im Gesundheitssektor, sogar einen Anstieg der Beschäftigung gegeben, von dem vor allem auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überproportional profitiert hätten. Seit Mitte 2010 ist laut Eurofound aber ein massiver Stellenabbau zu beobachten. Über 30 Prozent aller verlorenen Arbeitsplätze seien im öffentlichen Sektor zu verzeichnen gewesen. Dabei seien hauptsächlich vier Länder für diese hohen Zahlen verantwortlich: Polen, Großbritannien, Rumänien und die Niederlande.

Weiter Streit um Schengen

Der freie Verkehr zwischen den Ländern des Schengen-Abkommens ist ein Kern der europäischen Einigung. Dieses Prinzip wurde in den vergangenen Monaten wiederholt in Frage gestellt. Die Mitgliedstaaten pochten auf erweiterte Ausnahmeregelungen, der Rat beschloss weitreichende Befugnisse der Mitgliedstaaten. In Ausnahmesituationen können die Grenzkontrollen für bis zu zwei Jahre wieder errichtet werden. Anfang Juli teilte die Europäische Kommission nun nach einer Prüfung mit, dass eine technische Überwachung der Grenzen ebenfalls möglich sei: an den Außengrenzen der Niederlande nach Deutschland und Belgien werden auch künftig an insgesamt 15 Übergangsstellen Kameras den Verkehr überwachen und verdächtige Wagen per Nummernschilderkennung direkt an die Polizei melden.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström berichtete am 4. Juli vor EU-Parlamentariern, dass diese Art der niederländischen Kontrolle nicht gegen die Schengen-Regularien verstoße. In anderen Fällen, wie etwa den regelmäßigen Kontrollen deutscher Behörden in Reisebussen an der deutsch-tschechischen Grenze werde die Kommission aber weiter prüfen, ob Verstöße vorlägen. Hier hatten sich Busunternehmer beschwert, dass bis zu 40 Prozent der Busse aus der Tschechischen Republik bei der Grenzüberfahrt nach Deutschland angehalten und kontrolliert würden. Dadurch entstünden erhebliche Wartezeiten.



Hat beim Thema Schengen zur Zeit nichts zu lachen: EU-Kommissarin Cecilia Malmström
© Consilium, 2012

Die Tatsache, dass Deutschland einerseits selbst wegen überzogener Kontrollen in der Kritik steht, andererseits aber auch die Kontrollen an der deutsch-niederländischen Grenze nicht gutheißt, kommentierte die grüne Europaabgeordnete Ska Keller auf Twitter: „Deutschland kontrolliert zu viel und will sich selbst lieber nicht kontrollieren lassen…“ Auch der christdemokratische Abgeordnete Manfred Weber forderte den Rat dazu auf, seinen Entschluss über die Änderungen der Regularien zurückzuziehen. Diese Entscheidung gefährde den grenzfreien Schengenraum.

Freizügigkeit: Verfahren gegen Deutschland

Die Europäische Kommission hat die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet und die Bundesregierung zu einer Stellungnahme aufgefordert. Laut Kommission hat Deutschland nicht alle Regelungen zur Gewährung der Freizügigkeit für Angehörige des „erweiterten“ Familienkreises – etwa Onkel und Tanten, Cousins und Cousinen – eines Unionsbürgers, der in einem anderen Land als seinem eigenen lebt, umgesetzt. So habe Deutschland unter anderem anders als vorgesehen kein Verfahren zur Erleichterung von Einreise und Aufenthalt für Angehörige des erweiterten Familienkreises eingeführt. Auch gebe es keine rechtlichen Maßnahmen, die ihnen sämtliche Rechte der Richtlinie garantieren.

Dauderstädt zu Riester-Zwang „Die OECD soll die Kirche im Dorf lassen“

„Die Menschen hierzulande haben eine Reformpause verdient“, sagt der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. Die Empfehlung der OECD, den Abschluss einer Riester-Rente verpflichtend zu machen, lehnt er klar ab. „Die Bundesregierung ist gerade dabei, eine ergänzende und geförderte private Pflegeversicherung einzuführen. Es ist erst wenige Jahre her, dass wir die größte Rentenreform seit über einem halben Jahrhundert gemacht haben. Es ist also nicht so, als geschehe nichts, um der demographischen Herausforderung zu begegnen.“ Dauderstädt plädiert dafür, in der dritten Säule der Alterssicherung die Freiwilligkeit beizubehalten. Eher müsse darüber nachgedacht werden, wie die Zusatzrenten attraktiver werden können. Zudem gelte es, das deutsche Betriebsrentensystem, also die zweite Säule der Alterssicherung, zu schützen und weiter auszubauen.

Dauderstädt reagierte auf einen am 11. Juni 2012 veröffentlichten OECD-Bericht, in dem Deutschland empfohlen wird, die staatlich geförderte freiwillige Altersvorsorge in eine private Pflichtversicherung umzuwandeln. „Deutschland hat als eines der ersten Industrieländer überhaupt die Rente mit 67 eingeführt. Das ist bereits eine einschneidende, weit reichende Reform.“ Wenn die Riester- oder die Rürup-Rente nicht von hinlänglich vielen Menschen abgeschlossen würden, so habe das vor allem zwei Ursachen: „Wir müssen uns fragen, ob das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen eines großen Teils der abhängig Beschäftigten heute überhaupt ausreicht, im gewünschten Umfang private Vorsorge zu leisten. Wir müssen uns auch fragen, ob die Angebote der dritten Säule hinlänglich attraktiv sind, ob das Verhältnis von Kosten und Nutzen dieser Versicherungen ausgewogen ist.“

Der dbb Vize betont, dass die sozialen Folgen der bereits erfolgten Reformen gegenwärtig nicht absehbar seien. „Wir wissen nicht, ob die Menschen wirklich bis 67 in der Lage sein werden zu arbeiten.“ Dauderstädt verweist auch auf die Bedeutung der paritätischen Finanzierung der Sozialleistungen in Deutschland. Diese noch weiter als ohnehin schon zurückzudrängen, sei riskant. „Unsere Sozialversicherung ist kein Experimentierfeld. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat. Der ist aus gutem Grunde verfassungsfest.“ Die Empfehlungen der OECD betrachtet Dauderstädt als realitätsfern. „Man muss wahrnehmen, wo die Grenze liegt. Wir haben in Deutschland schon einen sehr weiten Weg zurückgelegt. Manch einer in Europa wirft uns die durch unsere Sozialreformen hart erarbeitete höhere Wettbewerbsfähigkeit sogar vor. Die OECD sollte die Kirche im Dorf lassen.“



„Menschen hierzulande haben eine Reformpause verdient“ dbb-Vize Klaus Dauderstädt
© dbb, 2012

Mit Sorge sieht Dauderstädt zudem Bemühungen auf Ebene der Europäischen Union, mit der Ausweitung der Übertragbarkeit von betrieblichen Zusatzrenten die Eigenkapitalanforderungen der Versicherer zu erhöhen. „Statt über mehr Zwang in der dritten Säule der Alterssicherung zu sinnieren, sollten wir unsere Energie auf die Sicherung und den Ausbau des Guten und Bewährten in der zweiten Säule lenken“, so der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende mit Blick auf die deutschen Betriebsrenten. Die Bereitschaft dafür dürfe nicht durch Solvency-II-Vorgaben beeinträchtigt werden, zumal im deutschen System mit Insolvenzschutz und Arbeitgeberhaftung ausreichende Instrumente zur Gewährleistung der Betriebsrenten bereits bestehen.

Silberbach: Gute Bodenverkehrsdienste nur durch faire Arbeitsbedingungen

„Der Vorschlag der Kommission hätte deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen an deutschen Flughäfen zur Folge“, kommentiert der Vorsitzende der komba gewerkschaft und dbb-Vize Ulrich Silberbach einen Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission über Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen der Union. „Die deut-

schen Bodenverkehrsdienste haben ein sehr hohes Niveau und garantieren eine schnelle Abfertigung von Flügen. Die Kommission bringt genau diese hohen Standards mit ihrem Vorstoß nun in Gefahr", so Silberbach. In einer Stellungnahme fordert die komba die Europäische Kommission auf, die Verordnung zu stoppen oder zumindest deutliche Verbesserungen vorzunehmen.

„Die Kommission arbeitet mit falschen Zahlen und zieht deshalb auch nicht die richtigen Schlüsse", erläutert der komba-Chef. Die Kommission führe 70 Prozent der Verspätungen im Luftverkehr auf Probleme bei den Bodenzeiten zurück. Die Zahlen in Deutschland lägen aber bei deutlich unter zehn Prozent. In Frankfurt etwa sei nur jede 25. Verspätung auf Probleme bei der Arbeit der Bodenverkehrsdienste zurückzuführen. „Deshalb einen hohen Regelungsbedarf in diesem Sektor zu sehen ist schlichtweg Blödsinn! Die deutschen Bodenverkehrsdienste funktionieren sehr gut. Hier wird sehr gute Arbeit geleistet", lobt Silberbach die Beschäftigten an den Flughäfen. Die Kommission hingegen trage mit ihrem Vorschlag dazu bei, diese Arbeit künftig zu erschweren. So setze sie etwa die Mindestschulungszeit für neue Kräfte deutlich herab. Dies führe nicht zu einer Steigerung von Qualität und Sicherheit, so Silberbach: „Wie schlechter ausgebildete Kräfte demnächst bessere Arbeit leisten sollen, bleibt mir ein Rätsel."



Will hohes Niveau deutscher Bodenverkehrsdienste schützen: dbb-Vize Ulrich Silberbach
© dbb, 2012

Die Erfahrung mit der ersten Öffnung des Marktes für Bodenabfertiger im Jahr 1996 habe bereits gezeigt, dass lediglich der Druck auf die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten ansteige. „Dumpinglöhne sind leider keine Seltenheit mehr. Tarifverträge kommen immer weniger zur Anwendung", beklagt Silberbach die aktuelle Entwicklung. Auch im neuen Kommissionsvorschlag finde sich keine Verpflichtung für Anbieter von Bodenverkehrsdiensten, sich an die repräsentativen Tarifverträge an Flughäfen zu halten. „Die Beschäftigten in der Bodenabfertigung haben eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe und sind einem hohen Druck ausgesetzt. Da ist es das Mindeste für die Arbeitgeber, ausreichende soziale Mindeststandards einzuhalten", fordert Silberbach.

Der dbb Vize erhofft sich Unterstützung aus der deutschen Politik. „Diese Verordnung zerstört gewachsene, bewährte Strukturen in Deutschland. Das Ergebnis wäre weniger Sozialschutz und am Ende auch weniger Qualität und Sicherheit für die Fluggäste. Ich hoffe auf die deutsche Bundesregierung, die im Rat noch die Verordnung stoppen oder zumindest Verbesserungen erreichen kann." Auch sei nun der Einsatz der deutschen Europaabgeordneten gefragt, diese klare Verschlechterung von Arbeitsbedingungen zu verhindern. „Gute Arbeit kann es nur mit fairen Bedingungen geben. Davon profitieren alle."

dbb Bundeshauptvorstand: Europakompetenz und Aktives Altern

„Europa ist in die Mitte der politischen Debatten gerückt. Der dbb will die europäische Einigung mitgestalten und seine eigenen Schwerpunkte setzen", sagte der Vorsitzende des dbb Landesbundes Baden-Württemberg und der dbb Grundsatzkommission Europa, Volker Stich, am 19. Juni auf dem dbb Bundeshauptvorstand (BuHaVo) in Berchtesgaden. Neben einer ausführlichen Debatte über die Auswirkungen der Krise auf den öffentlichen Dienst in Deutschland verabschiedete das zweithöchste dbb-Gremium zwei Entschließungen zum aktiven Altern und zur Europakompetenz in der Verwaltung.

„Die Alterssicherung unterliegt nach wie vor den Mitgliedstaaten, es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern", so Stich. Die regelmäßigen Vorstöße der Europäischen Kommission, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung zu koppeln, seien nicht der richtige Weg. „Der demographische Wandel führt zwangsläufig zu einem Reformbedarf. Doch das System darf nicht zu Ungunsten einer einzigen Gruppe verändert werden, sondern muss auf Ausgleich setzen",

kommentierte der Vorsitzende der Grundsatzkommission die Entschließung. „Aktives Altern darf nicht pauschal gleichgesetzt werden mit einer längeren Lebensarbeitszeit." Aktives Altern bedeute vielmehr, niemandem die Teilhabe zu verwehren, ohne aber neue Zwänge auszuüben.



„Die Angestellten im öffentlichen Dienst fit für Europa machen" will Baden-Württembergs Beamtenbundchef und Grundsatzkommissionsvorsitzender Volker Stich
© BBW/Eppler, 2012

Für das erklärte Ziel, die öffentliche Verwaltung noch besser auf die europäischen Ansprüche auszurichten, seien deutlich mehr Anstrengungen notwendig. „Um die Angestellten im öffentlichen Dienst fit für Europa zu machen, müssen auch die Arbeitgeber viel mehr Wert auf entsprechende Fortbildungen legen und auch Auslandserfahrungen höher schätzen", so Stich. Bislang sei eine Verwendung im Ausland eher ein Nachteil für die Laufbahn der Mitarbeiter. Dies müsse sich ändern. „Deutschland hat sehr gute Beamte, die ihre Erfahrung auch auf europäischer Ebene einbringen sollten. Dies hat zur Voraussetzung, dass die in Europa gewonnene Erfahrung und die zusätzliche Kompetenz im Umgang mit EU-Fragen auch gebührend in der Laufbahnentwicklung berücksichtigt werden."

Gehlert: Duale Ausbildung europaweit stärken

„Das duale System hat seine Qualitäten deutlich bewiesen. Es freut mich, dass die Europäische Kommission diese Einschätzung teilt", kommentierte der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Berthold Gehlert, eine aktuelle Studie der Europäischen Kommission. Das duale System habe offensichtlich einen positiven Effekt auf die Berufschancen junger Menschen, so die Einschätzung in der Studie: „Die Erfahrung zeigt, dass junge Menschen in Ländern mit dieser Ausbildungsform bessere Aussichten auf einen reibungslosen Übergang von der Schule ins Berufsleben haben." Auch 50 europäische Firmenchefs werben öffentlich für das duale System das „kurzfristig die Jugendarbeitslosigkeit senken" könne.

Die am 2. Juli vorgelegte Studie war Teil der Bemühungen der Europäischen Kommission die Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen der Strategie Europa 2020 deutlich zu senken. In einigen Mitgliedstaaten sind über 40 Prozent der jungen Menschen arbeitslos, in Griechenland und Spanien sogar bei beinahe 50, in Deutschland liegt die Quote deutlich unter zehn Prozent. Angesichts dieser Zahlen hatten Ende Juni 50 führende europäische Unternehmenschefs des „Runden Tischs europäischer Industrieller" (ERT) in einem Brief – über den zum Beispiel die WELT am 24. Juni berichtete - an die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die europaweite Einführung der dualen Ausbildung gefordert. Gehlert begrüßt diese Initiative. „Was als gut erlebt wird, muss auch beworben werden, aber bitte mit dem gebotenen Respekt vor anderen Traditionen und Strukturen."



„Das duale System hat seine Qualität deutlich bewiesen!" BLBS-Bundesvorsitzender Berthold Gehlert
© BLBS, 2012

Der große Vorteil der dualen Ausbildung sei die Praxisnähe. Arbeitgeber könnten sich darauf verlassen, fachliche kompetente Mitarbeiter zu bekommen. „Berufschancen werden den Jugendlichen in Deutschland mit seiner dualen Berufsausbildung und den vollzeitschulischen beruflichen

Bildungsgängen ideal vorgegeben. Beide Wege, betrieblich-dual oder schulisch-dual, haben das gleiche Ziel: Es werden kompetente Facharbeiter ausgebildet, die theoretisch und praktisch gerade auch im internationalen Vergleich Spitze sind." Das ausdrückliche Lob der Europäischen Kommission und auch die Forderung aus der Wirtschaft seien ein weiteres wichtiges Zeichen der Anerkennung auch für die Leistung für Lehrer an beruflichen Schulen.

Kirsten Lühmann in EBD-Vorstand wiedergewählt

Bei den Vorstandswahlen der Europäischen Bewegung Deutschlands (EBD) am 2. Juli in Berlin wurde die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann in das Präsidium wiedergewählt, dem sie seit 2008 angehört. Zudem wählte die EBD-Mitgliederversammlung einen neuen Präsidenten: der 58-jährige Rainer Wend löst nach sechs Jahren Amtszeit den bisherigen Präsidenten Dieter Spöri ab. In ihrem Amt als Vizepräsidenten bestätigt wurden zudem Michael Gahler, Axel Schäfer und. Michaele Schreyer.



dbb-Vize Kirsten Lühmann
© dbb, 2012

Eigenthaler: Steuerhinterziehung und Steuerbetrug europaweit ächten

„Den europäischen Volkswirtschaften gehen jedes Jahr enorme Summen an Steuergeldern verloren, weil Steuerbetrug und Steuerhinterziehung nicht wirkungsvoll aufgeklärt werden können", beklagte der Vorsitzende der Deutschen Steuer Gewerkschaft (DSTG) Thomas Eigenthaler die mangelnde Ausstattung der Steuerverwaltungen. Auch die Europäische Kommission hat diesen Missstand erkannt und veröffentlichte am 27. Juni eine Mitteilung mit Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten bei der effektiveren Steuererhebung unterstützen sollen. „Überall ist von der Krise und den klammen öffentlichen Haushalten die Rede. Gleichzeitig lassen wir es zu, dass der Staat ihm zustehende Gelder nicht erhält. Das müssen wir dringend ändern", begrüßte Eigenthaler die Initiative der Kommission.

Für die nationale Ebene wiederholt die EU-Kommission ihre Aufforderung an die Mitgliedstaaten, die Verwaltungskapazitäten zur Erhebung von Steuern auszubauen. „Es freut mich, wenn auch die EU-Kommission nun zu dem Schluss kommt, dass nicht immer weniger Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung immer mehr Arbeit leisten können. Nur eine funktionierende Finanzverwaltung mit gut ausgebildetem Personal kann Steuergerechtigkeit im Rahmen der Steuergesetze garantieren", so der DSTG-Chef. „Die Erfahrungen in der Krise haben gezeigt, dass es in den am stärksten betroffenen Ländern häufig große Probleme mit der Steuermoral und gleichzeitig keine funktionierende Steuerverwaltung gab. Dabei geht es hier nicht nur um Gerechtigkeit, sondern ganz klar auch um erhebliche Einnahmen für die öffentlichen Haushalte."



DSTG-Chef Thomas Eigenthaler fordert starke Steuerbehörden in Europa
© dbb, 2012

Kritisch sieht Eigenthaler den internationalen Ansatz der Europäischen Kommission. „Es reicht nicht, von Nicht-EU-Mitgliedsstaaten die gleichen Standards zu fordern, gleichzeitig aber in den Verhandlungen als Bittsteller aufzutreten!" Vor allem der öffentlich ausgetragene Konflikt der

Bundesrepublik Deutschland mit der Schweiz um die Steuer-CD und das Steuerabkommen habe das Vertrauen in den politischen Willen zur Aufklärung von Steuerhinterziehung erschüttert.



Bis heute Stein des Anstoßes: CD mit vertrauliche Steuerdaten
© Hero - Fotolia.com

Völlig inakzeptabel sei auch, dass deutsche Steuerfahnder von der Schweiz per Haftbefehl gesucht würden, weil sie im dienstlichen Auftrag eine CD mit Daten von Steuersündern angekauft hätten. „Wenn die Aufklärer von Betrug kriminalisiert werden, dann läuft etwas schief. Die Europäische Kommission, Bund und Länder müssen hier noch bestimmter auftreten als bisher“, forderte Eigenthaler. Die Beschäftigten erwarteten eine uneingeschränkte Rückendeckung durch die Politik.

Weselsky: Trennung von Netz und Betrieb klären

„Der Kompromiss zwischen Parlament, Rat und Kommission ist ein wichtiger Schritt. Daher bedauere ich umso mehr, dass es noch keine Einigung bei der Trennung von Netz und Betrieb gibt“, kommentierte Claus Weselsky, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) die Revision des Ersten Eisenbahnpakets, die am 3. Juli vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit angenommen wurde. „Mehr Transparenz im Eisenbahnbetrieb sollte tatsächlich nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben, die Neufassung sorgt nun dafür, dass der faire Marktzugang durch gestärkte Regulierungsbehörden besser garantiert werden kann.“ Die Revision des Ersten Eisenbahnpakets - bestehend aus drei Richtlinien - war notwendig geworden, da viele Mitgliedstaaten die ursprünglichen Bestimmungen nicht in Gänze in nationale Gesetzgebung umgesetzt hatten.

„Es ist sehr problematisch, dass die Trennung von Netz und Betrieb noch immer nicht abschließend geklärt ist“, bekräftigte der GDL-Chef. So sei die halbherzige Regelung in Deutschland mit ein Grund dafür, dass die Deutsche Bahn zwar Profit aus der Weitergabe von Nutzungsrechten ziehen könne, der Bund als Miteigentümer im Gegenzug seine Macht aber nicht geltend mache und deshalb das Geld nicht gezielt in die Stärkung der vorhandenen Infrastruktur investiert werde. „Die Verpflichtung der Kommission, bis Ende 2012 konkrete Vorschläge für die Trennung von Netz und Betrieb vorzulegen ist ein wichtiges Signal. Dann kann endlich ein konkreter Vorschlag diskutiert werden“, begrüßte Weselsky die Fristsetzung.



Fordert klare Aussagen der Europäischen Kommission zur Trennung von Netz und Betrieb: GDL-Chef Claus Weselsky
© GDL, 2012

Zudem sieht die Neufassung nun zwingend die Einrichtung einer unabhängigen, nationalen Regulierungsbehörde vor. Eine europäische Behörde wird es allerdings nicht geben. „Eine europaweite Kontrolle ist nicht nötig, wenn die nationalen Behörden diese Aufgabe gleichermaßen Ernst nehmen und unabhängig handeln können.“ Die Integration der Eisenbahnmärkte schreite voran und der deutsche Markt sei bereits sehr offen. „Es ist wichtig, dass der Marktzugang europaweit diskriminierungsfrei und fair für alle Marktteilnehmer gewährleistet wird. Bislang war das nicht immer der Fall“, so Weselsky. Die beschlossene Neuregelung biete hierfür aber gute Voraussetzungen.

Peter Heesen begrüßt Richtlinienvorschlag zur Bankenrettung

Peter Heesen, Präsident der CESI, begrüßt den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur Bankenrettung. Der Vorschlag des Binnenmarktkommissars Michel Barnier sieht vor, dass jeder Mitgliedsstaat einen Krisenfonds aufsetzt, aus dem die Restrukturierung oder Abwicklung einer Bank gezahlt wird, sowie eine entsprechende Behörde, die im Falle einer Bankenkrise die Zügel in die Hand nimmt.

Gemäß des Vorschlags, der darauf abzielt, das Geld der Steuerzahler zu verschonen, sollen Einlagensicherungen und Abwicklungsfonds auf nationaler Ebene eingesetzt und von den Banken selbst gespeist werden; diese müssen sich gegenseitig Geld leihen. Die Banken müssen ihren jeweiligen Rettungsplan vorlegen und können –unter gewissen Umständen – von der Krisenbehörde angeleitet werden. Vor allem aber sollen die verschiedenen Teilhaber der Bank ihr ‚Bail in' leisten, das heißt in Leistung treten bevor auf staatliches Geld zurückgegriffen wird.



Bei Bankenkrisen sollen Zügel in eine Hand fordert CESI-Präsident Peter Heesen
© GDL, 2012

Peter Heesen befürwortet den Vorschlag, der darauf abzielt, dass die Banken mehr Verantwortung für ihre Handlungen tragen und der zu einer Zeit kommt, da Diskussionen über eine europäische supranationale Bankenunion die Runde machen. „Bevor wir überhaupt supranationale Behörden schaffen, müssen wir kleinere, machbarere Schritte auf nationaler Ebene gehen", sagt Heesen. Dies sei deshalb geboten, da die Verwirklichung und Umsetzung größerer Vorhaben in Europa für gewöhnlich etwas Zeit brauche.

CESI-Fachtagung: Zusammenarbeit in Europa

Von Luxemburg aus sind es nur wenige Kilometer bis zur deutschen Grenze, aber auch Belgien und Frankreich sind nur ein paar Minuten entfernt. In diesem Umfeld verschiedener Sprachen und unterschiedlicher Verwaltungstraditionen trafen sich auf Einladung der Akademie Europa der CESI am 28. und 29. Juni 120 Gewerkschafter aus allen Teilen Europas, darunter auch aus Deutschland, um über die transnationale Verwaltungszusammenarbeit zu diskutieren. Die von der Europäischen Union geförderte Veranstaltung zeigte nicht nur die Chancen europäischer Einigung und Freizügigkeit auf, auch mögliche Hindernisse in der Zusammenarbeit und wie diese überwunden werden können, wurden kontrovers diskutiert.

„Luxemburg liegt im Herzen Europas", begrüßte der luxemburgische Innen- und Verteidigungsminister Jean-Marie Halsdorf zusammen mit dem Generalsekretär der CGFP Romain Wolff und dem Ehrengeneralsekretär der FGFC Erny Reuter, die im Namen ihrer Gewerkschaften nach Luxemburg geladen hatten, die Mitglieder der CESI-Tagung. Halsdorf ist unter anderem zuständiges luxemburgisches Regierungsmitglied für die so genannte Großregion. Hier haben sich im Jahr 1998 Luxemburg, das Saarland, Rheinland-Pfalz, die Wallonie und Lothringen zusammengeschlossen, um die Stärken der Region etwa in der Wirtschaft und der Infrastruktur, zu vereinen. Dies sei stets zum Vorteil aller Partner gewesen, so der Minister, und sei in den vergangenen Jahren zudem immer intensiver geworden. „Die Freizügigkeit verstärkt den Bedarf nach administrativer Zusammenarbeit auf allen Ebenen", ergänzte der Österreicher Wilhelm Gloss, Präsident der CESI-Akademie. Die Menschen hätten ein berechtigtes Bedürfnis nach öffentlichen Dienstleistungen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort.

„Viele deutsche Bundesländer grenzen direkt an andere europäische Länder. Hier gibt es noch viel Potenzial. Die öffentliche Verwaltung kann grade in Grenzregionen einen wichtigen Beitrag zu einem funktionierenden, grenzüber-greifenden Miteinander leisten", betonte Anke Schwitzer, die Vorsitzende des dbb Landesbundes Schleswig-Holstein. „Dabei muss es auch Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich um die Grenzgänger zu kümmern. Die Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in einem Land

leben und in dem anderen wohnen verdienen besondere Aufmerksamkeit“, so Schwitzer.

Der Vorsitzender des tbb, beamtenbund und tarifunion thüringen, Helmut Liebermann, ergänzte: „Auch für Regionen wie Thüringen, die keine direkte Außengrenze mit einem anderen Mitgliedstaat haben, ist es wichtig, die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungen zu fördern. Etwa mit der nahen Tschechischen Republik.“ Die Kontakte zu den jüngeren EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa seien auf Verwaltungsebene noch nicht so weit entwickelt, wie dies in Westeuropa teilweise der Fall sei, räumte Liebermann ein. „Wir können hier aber auch von den Erfahrungen anderer lernen und so bestimmte Fehler schon von Beginn an vermeiden.“



120 Gewerkschafter aus ganz Europa diskutierten in Luxemburg über die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit
© CESI/Weber, 2012

„Um die Zusammenarbeit der Verwaltungen in Europa zu stärken, bedarf es einer besseren Förderung im öffentlichen Dienst, etwa durch Fortbildungen oder die Unterstützung bei Auslandspraktika. Die Arbeitgeber müssen gezielt junge Menschen unterstützen, europäische Kompetenzen zu erwerben“, forderte Michael Gadzalla, stellvertretender Bundesvorsitzender der dbb jugend. Gerade die jungen Menschen im öffentlichen Dienst könnten der Verwaltungszusammenarbeit eine neue Richtung geben. Unterstützt wurde Gadzallas Forderung von Milena Grion, die ein Europafortbildungsprogramm in Italien leitet. „Ein großes Hindernis für vertiefte Kooperationen ist das mangelnde Verständnis für kulturelle Unterschiede vor allem in der Verwaltung“, erläuterte Milena Grion. „Es ist wichtig, die Mitarbeiter der Verwaltung darauf vorzubereiten.“ Dabei sei es zum Beispiel von großem Vorteil, Trainingskonzepte für Europakompetenz in den angrenzenden Ländern aufeinander abzustimmen.



Romain Wolff, Erny Reuter, Jean-Marie Halsdorf, Wilhelm Gloss, Klaus Heeger (v.l.n.r.)
© CESI/Weber, 2012

In der Diskussion wurde häufig die Sprachbarriere - die Europäische Union hat 23 Amtssprachen - als größtes Hindernis für eine vertiefte Zusammenarbeit genannt. Die neuen technischen Möglichkeiten öffnen hier den Weg zu innovativen Lösungsansätzen wie etwa IMI, das Binnenmarkt-Informationssystem der Europäischen Union. Christian Müller, nationaler IMI Koordinator in Österreich, erläuterte den Teilnehmern die einfache Bedienung der Online-Plattform. Mitarbeiter der Verwaltung können hier nach Anmeldung auf einer Nutzeroberfläche in ihrer Sprache über ein Auswahlsystem eine Anfrage an eine Behörde in einem anderen EU-Mitgliedstaat erstellen, die dann dort an die richtige Stelle in der entsprechenden Landessprache weitergeleitet wird und bearbeitet werden kann.



IMI soll dabei helfen die Vorteile des Binnenmarkts schnell und unkompliziert nutzen zu können, hier ein Ausschnitt aus einem Werbeposter
© European Commission, 2012

Jenseits von der Diskussion über konkrete Projekte wurden gewerkschaftspolitische Forderungen formuliert, die die Verwaltungszusammenarbeit europaweit erleichtern sollen. Der Generalsekre-

tär der CESI, Klaus Heeger, fasste die gewerkschaftlichen Grundforderungen zusammen: „Sprachen, Sprachen und nochmals Sprachen! Zudem muss mehr Austausch ermöglicht und neue Technologien stärker angewendet werden. So kann die Zusammenarbeit verbessert werden! Das gilt für alle Behörden, seien Sie auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene angesiedelt." Konsequenz müsse dann auch sein, dass Mitarbeiter nach diesen Kriterien eingestellt, weitergebildet und gefördert würden. Wilhelm Gloss ergänzte: „Die Basis jeder erfolgreichen grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit sind Vertrauen in die gegenseitigen Vorteile, die daraus erwachsen können."

Mehr Europa in der äußeren Sicherheit

„Ich denke schon, dass es im Bereich der äußeren Sicherheit - gerade im Hinblick auf Auslandseinsätze und die Beschaffung von Rüstungsgütern eine Veränderung im Denken der Nationalstaaten geben wird", sagt Wolfram Kamm, der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB). Kamm hält eine weitere Europäisierung der äußeren Sicherheit nur noch für eine Frage der Zeit. Über Sicherheitsaspekte diskutierten europäische Gewerkschafter anlässlich des CESI-Berufsrats Landesverteidigung am 12. Juni in Brüssel.

„Es spricht eigentlich alles für mehr Europa auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit. Hier gilt das Gleiche wie für die aktuellen Entwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik." Für das Zustandekommen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft komme es entscheidend darauf an, dass die Bündelung der Kräfte auch auf nationaler Ebene als Mehrwert wahrgenommen werde. „Das betrifft ganz besonders auch die Rechte der Menschen in den Streitkräften – gleich ob Soldaten oder Zivilbedienstete - auf Vereinigungsfreiheit und deren Umsetzung."

Kamm sieht vor allem in der Finanz- und Wirtschaftskrise die treibende Kraft für intensivere Überlegungen zu einer weiteren Bündelung militärischer Fähigkeiten. „Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zwingt überall zum Sparen. Das ist perspektivisch höchst problematisch für die Einsatzfähigkeit der nationalen Streitkräfte." Der VBB-Bundesvorsitzende plädiert daher für mehr Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um Kosten unter den Partnern aufzuteilen und gleichzeitig sowohl die militärische Verteidigungsfähigkeit des europäischen Territoriums als auch die Bündnisfähigkeit mit den Amerikanern zu sichern. Ansätze zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft habe es schon früh in Europa gegeben. Aber die Voraussetzungen seien inzwischen ungleich günstiger als etwa in den 1950er Jahren. „Wir verstehen uns heute klar als europäische, als westliche Wertegemeinschaft. Heute gibt es vielfältige multinationale oder auch bilaterale europäische Strukturen wie etwa das Eurocorps und das deutsch-niederländische Korps. Das ist eine konkrete gemeinsame Basis, die Vertrauen schafft und geeignet sein kann, nationale Egoismen zu überwinden. Unsere Sicherheitsarchitektur ist geeignet, den europäischen Gedanken auch weiter in die Zukunft zu tragen."



Wolfram Kamm, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr: „Es spricht eigentlich alles für mehr Europa auf dem Gebiet der äußeren Sicherheit".
© Marco Urban, 2012

Es werde bei der Frage, wie man gemeinsam Verteidigungspolitik gestalten kann, von besonderer Bedeutung sein, nicht nur gemeinsame technische sondern auch gemeinsame soziale Standards zu schaffen, so Kamm. „Errungenschaften aus den jeweiligen Nationalstaaten müssen bewahrt werden. Es gibt Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Niederlande oder Schweden, um nur einige Beispiele zu nennen, die bei der Frage der Beteiligungsrechte sowohl für die Soldatinnen und Soldaten als auch für die zivile Seite hohe Standards gesetzt haben. Diese dürfen nicht verlorengehen." Von diesen Errungenschaften könnten auch andere Staaten profitieren, gibt der VBB-Chef sich überzeugt. Es sei erfreulich, dass die CESI sich des Themas angenommen habe. „Es ist wichtig, dass wir unabhängige Gewerkschaften in Europa mit einer Stimme sprechen."

Was die Europakompetenz der Angehörigen der Bundeswehr angeht, macht Kamm sich keine Sorgen. „Wir sind da gut aufgestellt. Sowohl in als auch außerhalb von Europa sind wir mit Angehörigen der Bundeswehr präsent. Die Ausbildung von zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr ist bereits heute so aufgebaut, Kolleginnen und Kollegen nicht nur fachlich sondern auch fremdsprachlich für Auslandsverwendungen zu qualifizieren. Auch die interkulturelle Kompetenz wird dabei stark berücksichtigt."

CESI-Gespräche zu Grundrechten im Kabinett Reding

Bei einem Treffen am 2. Juli mit Michael Shotter, Berater für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft im Kabinett von EU-Kommissarin Viviane Reding, diskutierten CESI-Vizepräsident Romain Wolff und CESI-Generalsekretär Klaus Heeger die aktuelle Gleichstellungspolitik der Europäischen Kommission und die Wirkung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Gebilligt wurde sie vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament bereits 2000, rechtskräftig wurde die Charta aber erst 2009 mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags. Die Charta soll die Grundrechte des Einzelnen im Kontext der Europäischen Union verankern. Dadurch sollen Identität und Legitimität der Europäischen Union als Wertegemeinschaft gestärkt und gestützt werden.

Shotter unterstrich, dass die Charta in der Arbeit von Viviane Reding eine herausragende Rolle spiele. Die Kommissarin war in den vergangenen Jahren sowohl mit ihren europäischen Kollegen als auch mit der ein oder anderen nationalen Regierung aneinandergeraten, weil sie als vehemente Verteidigerin von Menschen- und Bürgerrechten auftrat. So hatte sie etwa 2010 scharfe öffentliche Kritik am damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy wegen seiner Politik gegenüber Sinti und Roma geübt. Ihr Berater betonte im Gespräch mit der CESI-Delegation, dass die Charta und das nationale Recht sich gegenseitig ergänzen, die genaue Zuständigkeit aber immer im Einzelfall geprüft werden müsse. Klaus Heeger erklärte die Position von CESI und deren besonderes Interesse an Fragen der Bürgerrechte, der Solidarität und dem Prinzip guter Verwaltung. Dabei spiele unter anderem die Grundrechtecharta eine entscheidende Rolle



CESI-Generalsekretär Klaus Heeger, Berater für Justiz und Grundrechte Michael Shotter und CESI-Vizepräsident Romain Wolff am 2. Juli in Brüssel (v.l.n.r.)
© CESI, 2012

Romain Wolff betonte, dass die CESI vor allem an der Gleichstellungspolitik der Kommissarin interessiert sei. Die Idee der Ministerin zur gesetzlichen Regelung von Quoten für Frauen in Führungspositionen werde von der CESI unterstützt. Dies komme zum Beispiel in einer Stellungnahme der CESI zum Ausdruck, die im Rahmen einer Konsultation der Kommission veröffentlicht wurde. Außerdem ermutigte Wolff die Kommission, sich noch mehr in die Diskussion um das öffentliche Bild von Frauen in Europa, etwa in den Medien, einzuschalten. Der Dialog der Europäischen Kommission mit der CESI zur Gleichstellung, der regelmäßig in der Frauenrechtskommission geführt werde, müsse fortgesetzt werden.

CESI für Einführung der Finanztransaktionssteuer

Die CESI hat ihre Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Europa erneuert. In einer Resolution heißt es dazu, dass die CESI „alle Bemühungen für eine Finanztransaktionssteuer unterstützt um Finanzspekulationen entgegenzutreten." Bereits Ende Juni hatten einige Finanzminister der Europäischen Union bei einem Ratstreffen unter dänischer Führung die Einführung einer entsprechenden Steuer zumindest in bestimmten Ländern der EU vorangetrieben. „Welche Form die Finanztransaktionssteuer auch einnehmen wird, ihre Einführung wäre ein wichtiges Signal sowohl an die Finanzmärkte als auch an die Bürger, die derzeit das Gefühl haben, die Rechnung für die Krise zahlen zu müssen."

Finanzdienstleistungen sicherer machen

Viele Verbraucher kaufen Anlage- und Versicherungsprodukte die gar nicht ihren eigentlichen Interessen entsprechen. Dies ist einerseits auf mangelnde Information und andererseits auf die wachsende Komplexität dieses Marktes zurückzuführen. Die geltenden Gesetze sind meist nicht in der Lage, dieser Entwicklung standzuhalten. Aus dieser Situation ist ein großes Misstrauen gegenüber Finanzdienstleistungen erwachsen. Die Europäische Kommission schlägt deshalb ein umfassendes Legislativpaket vor, das dem Verbraucher mehr Sicherheit geben soll. So ist geplant, die Standards für Beratungsgespräche und Anlageinformationen zu erhöhen und die Vorschriften für Investmentfonds strenger zu fassen.

Mehr Rechtssicherheit an der eigenen Haustür

Auch wenn sogenannte Haustürgeschäfte in den vergangenen Jahren weniger geworden zu sein scheinen – der klassische Staubsaugervertreter geht nur noch selten von Tür zu Tür – werden die Methoden der Verkäufer aggressiver und die Angebote zwielichtiger. Um die Verbraucher, die sich häufig überrumpelt fühlen, besser vor solchen Geschäften zu schützen, hatte die Europäische Kommission die Regeln für den Rücktritt von Haustürgeschäften nochmals zu Gunsten der Verbraucher in einer Richtlinie verschärft. Deutschland hat diese Richtlinie allerdings noch nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt und hat nun eine Frist von zwei Monaten, um der Europäischen Kommission die Gründe dafür darzulegen. Danach besteht die Möglichkeit, sollte die Richtlinie immer noch nicht zur Zufriedenheit der Kommission umgesetzt sein, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten.

Kopierschutz gilt grenzüberschreitend

Der Handel mit Nachbildungen urheberrechtlich geschützter Werke ist auch dann strafbar, wenn der Schutz im Herkunftsland der Ware nicht gilt. Im vorliegenden Fall mussten die Richter des EuGH darüber entscheiden, ob ein Spediteur für das unerlaubte Verbreiten von Vervielfältigungsstücken belangt werden konnte. Dieser hatte zwischen 2005 und 2008 an der Verbreitung von Nachbildungen von Einrichtungsgegenständen im „Bauhaus-Stil“ mitgewirkt. Die Nachbildungen kamen aus Italien, wo der entsprechende Urheberrechtsschutz nicht gilt. Beworben wurden sie in Deutschland in Anzeigen sowohl im Internet als auch in Zeitungen. Der Spediteur wurde von der Firma für den Transport von Italien nach Deutschland empfohlen. Damit könne auch er direkt belangt werden, urteilten die Richter. Die Verbreitung der Werke habe in Deutschland stattgefunden, deshalb greife der hier geltende Urheberrechtsschutz.

Urlaub nicht durch Krankheit abgegolten

Was in vielen europäischen Ländern schon Teil der Normalität ist, musste in Spanien erst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bestätigt werden: Arbeitnehmer, die während ihres Jahresurlaubs erkranken, können diese Tage später als Urlaub geltend machen. Bisher war es möglich, in Tarifverträgen andere Regelungen zu verankern, die dazu führten, dass die Krankschreibung auf den Urlaub angerechnet wurde. Der EuGH nutzte dieses Urteil nochmals um auf den besonders hohen Wert des Erholungsurlaubsanspruches der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinzuweisen.



Das neue Euroblatt soll Ökoqualität kennzeichnen
© CESI, 2012

Eurobiologisch!

Neben viele regionalen und nationalen Bio- und Öko-Siegeln gibt es seit 2010 auch ein EU-Bio-Siegel. Seit 1. Juli ist es nun Pflicht, dass alle verpackten Waren, die in der EU unter ökologischen Bedingungen hergestellt wurden und die entsprechenden Normen erfüllen, das entsprechende Siegel tragen. Unverpackte und importierte Bio-Erzeugnisse sind von dieser Pflicht ausgenommen. Das EU-Siegel verdrängt allerdings nicht die bisherigen Siegel, die teilweise andere Standards voraussetzen. Die Anerkennung des Siegels ist mit 24 Prozent insgesamt noch relativ niedrig, allerdings sind seit der Einführung des „Euro-Blattes“ auch erst zwei Jahre vergangen.

Ausblick

Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik

Ulrich Kirsch

Beginnend mit dem 1954 gescheiterten Projekt einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) mit dem Plan einer supranationalen europäischen Armee, sind die europäischen Staaten im Rahmen von NATO und EU seither zahlreiche Projekte der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich eingegangen. Dahinter stand „innereuropäisch“ der politische Anspruch, eine Fortsetzung von „Erbfeindschaften“ unmöglich zu machen, indem Verflechtungen verhüten sollten, wieder Krieg gegeneinander zu führen. Neuerdings werden Vorschläge für „vergemeinschaftete“ Streitkräfte auch mit finanziellen Begründungen vorgebracht.

Weltwirtschaftskrise und Verteidigungspolitik

Trotz vieler Unterschiede ist nahezu allen Streitkräften in Europa eines gemeinsam: sie kämpfen mit dem Problem eines sinkenden Verteidigungsbudgets. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben viele Länder in der Hoffnung auf „Friedensdividenden“ ihre Streitkräfte um- und abgebaut. Die Wehrpflicht wurde abgeschafft oder ausgesetzt, die Armeen wurden verkleinert. Die Prioritäten haben sich verschoben weg von der Landesverteidigung, hin zu einer Konzentration auf Auslandseinsätze.

Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben ab 2008 die Länder ihre Verteidigungsbudgets – trotz Einsatzbelastungen - weiter gekürzt. In einer Studie von April 2011 für das Europäische Parlament wird festgestellt, dass in fast allen Ländern der EU die Finanzkrise zu Einschnitten von acht Prozent bei größeren bis hin zu 30 Prozent bei den kleineren Ländern geführt hat. Die Studie schließt daraus, dass kein Mitgliedsstaat mittelfristig seinen Verteidigungshaushalt vor der Finanzkrise schützt. Das Risiko dabei ist, dass die Einsparungen zu Fähigkeitsverlusten führen, weil jeder Mitgliedsstaat Kürzungen vornimmt, die Sparmaßnahmen aber nicht koordiniert mit anderen Staaten durchgeführt werden. Die Folge seien erst 27 „Bonsai-Armeen“, dann die Unfähigkeit zur Rüstung wie etwa die Entwicklung neuer eigener Waffensysteme und dann die Auswanderung der Rüstungsindustrie und damit dann auch die Abhängigkeit von Importen. Die europäische Verteidigungsfähigkeit stürbe danach einen langsamen Tod durch sukzessive Einschnitte. Dies könne nur verhindert werden, wenn die Mitgliedstaaten verstärkt zusammenarbeiten und ihre Reformen koordinieren. Ein Ansatz dazu sind die Bündelung militärischer Fähigkeiten und Arbeitsteilung so genanntes „Pooling und Sharing“.

Das Europäische Parlament hat in einer Entschließung vom 19. Februar 2009 zur europäischen Sicherheitsstrategie und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) die Weiterentwicklung einer immer engeren Zusammenarbeit nationaler Streitkräfte befürwortet und möchte diesen Prozess „SAFE - Synchronized Armed Forces Europe“ nennen. Dieser soll als freiwilliges „opt-in“-Modell schrittweise eine immer intensivere europaweite Arbeitsteilung in militärischen Fähigkeiten bewirken mit Schwerpunkt bei Ausbildung, Wartung und Logistik, um die Effizienz der Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Näheres zu diesem Plan findet sich unter anderem im Wogau-Bericht.



Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes:
Oberst des Heeres Ulrich Kirsch
© DBwV 2012

Unter dem Stichwort „Smart Defence“ hat die NATO ein ähnliches Vorgehen im Mai 2012 in ihrer Gipfel- Deklaration „Toward NATO Forces 2020“ bestätigt. Ziel ist die gemeinsame Realisierung von Fähigkeiten, die von einem Staat allein aufgrund der Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten nicht mehr zu finanzieren sind.

Aktuelle Armee-Reform in Deutschland

In Deutschland findet derzeit (wieder) eine der größten Reformen der Bundeswehr statt. Die Struktur erfährt grundlegende Änderungen, zudem wird die Bundeswehr stark verkleinert: die Zahl der Soldaten (bis 1990 bei 495.000) soll nochmals von 220.000 auf 185.000 reduziert werden. Die Zahl der zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr (bis 1990: über

180.000) soll weiter um 21.000 auf 55.000 sinken. Deutschland hat sich bisher den genannten Ansätzen verschlossen, und konnte sich nicht zu einem Verzicht auf militärische Fähigkeiten entschließen, sondern dünnt alle Truppengattungen unter dem Stichwort „Breite vor Tiefe“ aus. Die fehlende Durchhaltefähigkeit für einige Truppengattungen im Einsatz wird dabei unumwunden eingeräumt. Es ist nicht erkennbar, dass die deutsche Reform sich an einer mit anderen EU- oder NATO- Staaten koordinierten Linie orientiert.

Libyen – warnendes oder abschreckendes Beispiel?

Die Entwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GASP/GSVP) scheint derzeit zu stocken. Im Libyen-Konflikt 2011 war die EU weit entfernt von einem gemeinsamen Handeln: im Vordergrund standen nationale Interessen und Lagebeurteilungen, die EU sprach nicht mit einer Stimme. Der Grund für den Zustand der GASP/GSVP ist die fehlende Bereitschaft der Mitgliedstaaten, der EU ein Mandat für ein wirkungsvolles selbständiges außen- und verteidigungspolitisches Handeln zu erteilen.



Blieben 2011 am Boden:
deutsche AWACS-Aufklärungsflugzeuge
©NATO, 2012

Gerade im militärischen Bereich gibt es Vorbehalte gegen die Abgabe von Souveränitätsrechten. Niemand will sich in die Abhängigkeit anderer Länder begeben, bei denen man sich nicht sicher ist, ob sie ihre Zusagen zuverlässig erfüllen. Zweifel an der Zuverlässigkeit der Partner wurden verstärkt etwa durch die deutsche Entscheidung, in der Libyen-Krise aus den AWACS-Missionen und den NATO-Marineverbänden im Mittelmeer „auszusteigen“, den Rückruf italienischer Kräfte aus finanziellen Gründen, und den selbst bei Briten und Franzosen aufgetretenen akuten Munitionsmangel nach wenigen Tagen. Die Finanzkrise erzeugt derzeit eher ein Klima des Misstrauens.

Es bestehen schwere Hindernisse, die über die aktuelle Finanzkrise hinaus reichen. So pflegen die EU-Kernmächte Großbritannien und Frankreich sowohl als Atomwaffenbesitzer als auch als Träger weltweiter postkolonialer „Verpflichtungen“ ein außenpolitisches „level of ambition“, das sich von ihren Verbündeten unterscheidet. Weder sind beide bereit, ihre Nuklearwaffen einer Mitsprache der EU-Staaten zu öffnen, noch sind diese bereit, Truppen verbindlich für deren Interventionen in ihrem früheren Kolonialreich zuzusagen, während die vormaligen Kolonialmächte nicht bereit sind, ihre politische Einflussnahme in ihren früheren Kolonien an die EU abzugeben oder in eine inhaltliche Mitsprache der EU einzuwilligen.

Perspektiven der GSVP/GASP

Zwei Wege sind denkbar. Entweder richten die Staaten ihre Verteidigungsausgaben weiter an nationalen Eigeninteressen aus. Der Sparzwang bedingt dann, dass diese Armeen in bestimmten Bereichen Fähigkeiten bis unterhalb der Grenze realer Wirksamkeit abbauen. Oder es bildet sich doch ein politischer Wille zu einer stärkeren Zusammenarbeit. Dabei ist die Chance größer, trotz Einsparungen in den Haushalten die militärische Handlungsfähigkeit Europas zu gewährleisten. Die EU verfügt insgesamt über 2 Millionen Soldaten bei gut 200 Milliarden Euro Ausgaben. Dennoch führen diese Ausgaben nur zu verhältnismäßig geringem Nutzen. Zudem wursteln die Europäische Verteidigungsagentur EDA, etliche NATO-Rüstungsagenturen und Agenturen wie die Organisation für die gemeinsame Rüstungszusammenarbeit OCCAR in ungeregelter Konkurrenz um Budgets nebeneinander her.

Allerdings ist diese Einsicht schon lange vorhanden, ohne in politisches Handeln umgesetzt zu sein. Wir haben kein Analyse-Problem, die Probleme sind benannt. Realistisch steht zu erwarten, dass es finanziell erst noch schlimmer kommen muss, bevor die EU-Staaten ihre nationalen Befindlichkeiten unter drastisch verschärftem Leidensdruck überwinden können. Zu hoffen ist, dass sich dies nicht erst dann durchsetzt, wenn die Staaten ihre Armeen irreparabel zu Tode gespart haben. Nicht erst die Zurückhaltung der USA während des Libyenkonflikts hat gezeigt, dass Krisen, die in erster Linie europäische Interessen betreffen, keine Priorität für die USA haben. Es ist daher wichtiger denn je, Europa zu befähigen, Konflikte in seinem geographischen Umfeld selbst zu lösen. Ansätze für stärkere Zusammenarbeit sind durchaus vorhanden. Neben Beispielen aus dem NATO-Bereich,

Ausblick

existieren auch auf EU-Ebene Projekte, in denen „Pooling und Sharing“ erfolgt, so zum Beispiel das Europäische Lufttransportkommando EATC in Eindhoven. Dabei handelt es sich aber um bi- oder multilaterale Projekte einiger EU-Staaten, nicht um „vergemeinschaftete“ Vorhaben.

Unter diesen Vorzeichen wird es auch 2020 noch nationale Streitkräfte geben. Wenn schon die Vergemeinschaftung einzelner Fähigkeiten wie Seeaufklärung oder Lufttransport unmöglich ist, dann gilt dies erst recht für die eigentlichen Kampftruppen. Insofern sind die „Überlebenschancen“ der NATO hoch, weil sie seit jeher mit nationalen Kontingenten unter integriertem Kommando geplant, also die nationalen Befindlichkeiten respektiert hat. Es dürfte aber eine „andere“ NATO sein. Die USA und Kanada werden sich auf den pazifischen Raum ausrichten, ohne auf die europäischen Alliierten ganz verzichten zu können. Aber die „europäische Säule“ wird sich gewaltig steigern, mehr aus dem investierten Geld machen müssen. Deshalb wird die GSVP inzwischen von den USA nicht mehr torpediert.

Dies kann eine unter Art. 42 des Lissabon-Vertrages ausgebaute EU-„Verteidigungsunion“ beinhalten. Die EU kann erhebliche Effizienzbeiträge leisten, indem sie sich auf Spezialaufgaben konzentriert (Logistik, Lufttransport, Küstenschutz/ „nasse Grenzen“ im Mittelmeer, Air Policing) oder es schafft, Rüstung zu organisieren, die über nationale Industriepolitik mit „juste retour“, also reinem Mittelrückfluss, hinaus geht. Dennoch werden sich alle Staaten schwer tun mit Souveränitätsverzichten außerhalb von Randbereichen; auf Sicht kann keine Regierung ihre Bevölkerung davon überzeugen, sich in irreversible militärische Abhängigkeit selbst von befreundeten Staaten zu begeben. Das kollektive Gedächtnis der Völker ist noch stärker als finanzielle Rationalität.

Das Entstehen einer Zusammenarbeit à la NATO, verstärkt um spezielle Fähigkeiten unter EU-Trägerschaft und gemeinsame Rüstungs- und Unterstützungsagenturen scheint möglich. Wenig wahrscheinlich ist eine „europäische Armee“, die einige EU-Politiker erträumen. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht zumindest für Deutschland ein Haltesignal gesetzt. Es hat 1994 entschieden, dass der Bundestag jedem einzelnen Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands zustimmen muss. Diesen „wehrverfassungsrechtlichen Parlamentsvorbehalt“ hat das Gericht im Lissabon-Urteil der „Ewigkeitsgarantie“ des Artikels 79 Absatz 3 Grundgesetz unterstellt. Er kann aufgehoben werden nur durch eine Volksabstimmung nach Artikel 146 Grundgesetz, durch die eine komplett neue Verfassung eingeführt werden würde. Das heißt übersetzt: Das Gericht traut dem Bundestag nicht zu, seine verfassungsmäßigen Rechte zu verteidigen.

Diesen Vorbehalt hat das Gericht zugleich ausgedehnt auf jeden Einsatz von EU-Streitkräften. Das bedeutet, dass ein Einsatz von EU-Truppen mit deutschen Soldaten nicht durch Mehrheitsbeschluss erfolgen könnte, sondern nur mit Zustimmung des Bundestags. Weiter hat das Gericht erklärt, dass es sich beim Europäischen Parlament nicht um ein echtes Parlament handele, und daher der Bundestag sein Zustimmungsrecht nicht auf dieses übertragen kann, solange dieses kein echtes Parlament (mit Wahlrechtsgleichheit und der Befugnis, eine EU-Regierung zu wählen und abzuwählen) wird. Um diese Hürde zu überwinden, bedürfte es einer grundlegenden Strukturreform der EU, die derzeit nicht erkennbar ist.

EU-Armee in der Demokratie

Zugleich hat das Bundesverfassungsgericht den Parlamentsvorbehalt (erstmals!) auf die Verpflichtung des Parlaments zum Schutz der Grundrechte der Deutschen gestützt. Letztlich ist dies die Forderung, dass das Personalstatut einer EU-Armee für deren deutsche Angehörige qualitativ einen Grundrechtsschutz nach heutigen deutschen Standard vorsieht.

Die Gewerkschaften und Verbände haben die Aufgabe, darauf zu achten, dass eine Integration der Streitkräfte auf EU-Ebene nicht zur Beschneidung von Rechten ihrer Mitglieder führt. Die Versuchung, sich bei gemeinsamen Projekten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen ist groß, vor allem, wenn Druck zur Einigung besteht.

Der Autor ist Oberst des Heeres der Bundeswehr und seit Anfang 2009 Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Weitere Lektüre: „Zur demokratischen Legitimation integrierter europäischer Streitkräfte“ veröffentlichten Dr. Sven Persch und der Syndikus des Bundeswehrverbandes Dr. Andreas Gronimus 2011 einen Artikel in der Neuen Zeitschrift für Wehrrecht (S. 193 – 207).

Termine

12.07.2012	Vortrag EU-Kommissar Janusz Lewandowski, Universität Leipzig, 17.00 Uhr
18.07.2012	„US-Präsidentenwahlen und Europa“, Europa Punkt Bremen, 18.00 Uhr
28.08.2012	Briefing zur zyprischen Ratspräsidentschaft, EBD Berlin, 9.00 Uhr

Gespräch mit Susanne Kastner MdB



© www.susanne-kastner.de

2009 wurde Susanne Kastner Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages. Seit nunmehr 23 Jahren ist Susanne Kastner für die bayerische SPD Mitglied im Deutschen Bundestag. In ihrer Parlamentskarriere war sie bereits parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion, tourismuspolitische Sprecherin und von 2002 bis 2009 stellvertretende Bundestagspräsidentin. Zu dem übernahm sie in der aktuellen Legislaturperiode den Vorsitz des Untersuchungsausschusses zum Luftangriff auf einen Tanklastzug in Afghanistan im Jahre 2009. Ihr europapolitisches Engagement zeigt die Abgeordnete auch über ihre Mitgliedschaft in der Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland. Stark engagiert sie sich für das erst 2007 in die Europäische Union aufgenommene Rumänien. So ist sie nicht nur Vorsitzende der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe, sondern auch Vorsitzende der Vereine „Deutsch-Rumänisches Forum" und „Rumänien Soforthilfe". Zudem ist Susanne Kastner Ehrenbürgerin der Stadt Lipova in Rumänien, bekam die Ehrendoktorwürde der Aurel-Vlaicu-Universität im rumänischen Arad verliehen und trägt den nationalen Verdienstordens Rumäniens im Rang eines Großoffiziers.

Europathemen: *Welche sicherheitspolitische Rolle spielt die Europäische Union?*

Kastner: Europa könnte zweifelsohne sicherheitspolitisch eine viel größere Rolle spielen. Die aktuelle EU-Finanzkrise und die Debatten über den Euro haben jedoch zu einer tiefen Verunsicherung gegenüber EU-Institutionen geführt. Ein gewisser Trend zu Renationalisierungen in den Mitgliedstaaten ist zunehmend spürbar. Dieser Trend ist auch im Bereich der Sicherheitspolitik zu beobachten. Gerade der Fall Libyen hat die vorhandenen Schwierigkeiten deutlich gezeigt. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas ist faktisch in eine Starre verfallen. Ziel muss es jetzt sein, sich aus dieser Lethargie zu befreien. Gemeinsame Operationen wie ISAF in Afghanistan, KFOR in Kosovo oder ATALANTA am Horn von Afrika zeigen, dass ein gemeinsames internationales Handeln auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik - bei allen sicherlich auch weiterhin bestehenden Schwierigkeiten – Erfolg versprechend ist.

Eine Notwendigkeit der sicherheitspolitischen EU-Kooperation liegt auch darin, dass die Amerikaner immer weniger bereit sind, Kosten und Aufgaben Europas zu übernehmen. Für die EU ist es daher wichtig zu definieren, welche sicherheitspolitische Rolle und welches sicherheitspolitische Gewicht sie einnehmen möchte. Europa muss - ob es will oder nicht - künftig militärisch zwangsläufig mehr Verantwortung übernehmen. Wir Europäer müssen enger zusammenarbeiten und den vielen guten Überlegungen und Diskussionen über „smart defense" in der NATO und „Pooling und Sharing" endlich konkrete Taten folgen lassen. Schon allein aufgrund der schwieriger werdenden Haushaltslage ist die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der einzig sinnvolle Weg.

Europathemen: *Den Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten mangelt es an Kapazitäten, hier fehlen Flugzeugträger, dort Aufklärungs-, dort Transportkapazitäten. In toto gibt es aber viele Doppelstrukturen. Müssen die Fähigkeiten der einzelnen Streitkräfte besser aufeinander abgestimmt werden?*

Kastner: Schon allein aufgrund der schwierigen Finanzlage in den nationalen Haushalten ist aus meiner Sicht eine engere Kooperation aller EU-Staaten der einzig sinnvolle Weg. Insbesondere der Libyen-Einsatz hat die verteidigungspolitischen Defizite der EU deutlich zu Tage treten lassen. Fehlende materielle und logistische Fä-

higkeiten mussten durch die USA ausgeglichen werden.

Ehrlicherweise muss man zugeben, dass eine bessere Abstimmung der Fähigkeiten der einzelnen Streitkräfte längst überfällig ist. Nur durch eine bessere Kooperation bei Beschaffungsmaßnahmen und der Bereitstellung von militärischen Fähigkeiten ist der Spagat zwischen einer soliden Ausrichtung der EU-Verteidigungspolitik einerseits und der Notwendigkeit der Erfüllung der allgemeinen Sparvorgaben zu bewältigen.

Der Schlüssel zum Erfolg liegt eindeutig in der Gemeinschaft. Es ist längst überfällig, die vorhandenen Fähigkeiten jenseits der nationalstaatlichen Befindlichkeiten aufeinander abzustimmen. Ein gutes Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit ist das European Air Transport Command (EATC). Dessen Hauptaufgabe ist die operationelle Führung der Lufttransport- und Luftbetankungskräfte der beteiligten Nationen.

Ich möchte an dieser Stelle aber ausdrücklich betonen, dass der in regelmäßigen Abständen kritisierte deutsche Parlamentsvorbehalt kein Hindernis für eine stärker europäische Kooperation darstellt. Die bisherigen Mandate der Bundeswehr beweisen, dass unsere Parlamentsarmee sich ihrer Verantwortung stellt.



Susanne Kastner im Verteidigungsausschuss
© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde, 2012

Europathemen: *Sind glaubwürdige militärische Kapazitäten Voraussetzung für eine wirkungsvolle gemeinsame Außenpolitik?*

Kastner: Natürlich setzt eine wirkungsvolle gemeinsame Außenpolitik auch glaubwürdige militärische Kapazitäten voraus. Ohne das entsprechende militärische Potential wäre das sonst eine Farce. Glaubwürdig müssen die Kapazitäten jedoch aus zwei unterschiedlichen Gesichtspunkten sein: Zum einen muss der Militärapparat so aufgestellt sein, dass die Abhängigkeit der Europäer von den USA weiter zurückgefahren werden kann. Zum anderen bedeutet glaubwürdig jedoch gerade auch, dass bei den europäischen Staaten untereinander ein Vertrauen und eine Verlässlichkeit entstehen beziehungsweise entstehen müssen. Denn gegenseitige Abstimmung und gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet an einigen Stellen auch, auf eigene militärische Fähigkeiten zu verzichten. Dieses Vertrauen muss sich allerdings gemeinsam entwickeln.

Europathemen: *Wie werden sich die Streitkräfte in Zeiten der Haushaltskonsolidierung und der Sparprogramme entwickeln? Ist das fehlende Geld ein zusätzliches Argument für ein Zusammenlegen von Einsatzmitteln und Fähigkeiten?*

Kastner: Wie bereits erwähnt, herrscht durch allseits knapper werdende Finanzmittel der Zwang, den Aufwand auch für die Streitkräfte erheblich zu reduzieren. Ein Vorhalten umfassender militärischer Fähigkeiten und Ressourcen wird für die einzelnen Nationalstaaten Europas zunehmend schwieriger. Neben dem Zusammenlegen von Fähigkeiten und einer stärkeren Kooperation sind daher sicherlich auch weitere Anpassungen an zukünftige Einsätze dringend geboten. Ähnliche grundlegende Reformen wie die deutsche Bundeswehrreform gibt es bereits in anderen Staaten und wird es zwangsläufig auch in weiteren europäischen Staaten noch geben. Jeder Reformschritt birgt dabei die Chance, nach Synergien mit anderen Partnernationen zu suchen.

Ein Zusammenrücken der Streitkräfte, gemeinsame Ausbildung und das Abstimmen von Rüstungsprojekten müssen und werden künftig die Entwicklung der Streitkräfte bestimmen. Pooling und Sharing ist dabei zweifelsohne ein wichtiges Modell der Zukunft.

Europathemen: *Sehen Sie die Chance der Verwirklichung einer Europäischen Verteidigungsunion?*

Kastner: Aufgrund der sehr kontroversen Meinungen zu diesem Thema schreitet die Verwirklichung einer Verteidigungsunion im Moment nur sehr zaghaft voran. Welcher Nationalstaat gibt schon gerne freiwillig Kompetenzen und Rechte ab, wenn Verteidigungspolitik noch immer als Zeichen nationaler Souveränität gewertet wird?

Ich glaube, dass wir noch weitere Initiativen und Geduld brauchen, um die Verteidigungsunion weiter voranzubringen. Initiativen wie das Weimarer Dreieck, in dem Frankreich, Polen und Deutschland eng zusammenarbeiten, sind ein gutes Mittel, um Vertrauen zu schaffen. Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages begleitet diese Zusammenarbeit von parlamentarischer Seite. Kürzlich haben wir mit unseren polnischen Kollegen beraten, wie die gemeinsame Verteidigungspolitik forciert werden kann. Durch derartige Initiativen können mittel- und langfristig weitere Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union angestoßen und vorangebracht werden.

Eine stärkere Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht aber nicht nur aufgrund der finanziellen Notwendigkeit erforderlich, sondern auch aufgrund einer dringend notwendigen verbesserten Handlungsoption Europas. Durch die sinnvolle Verknüpfung der nationalen Fähigkeiten könnte es gelingen, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in kooperative und supranationale Strukturen einzubetten. Dies setzt aber natürlich auch den weiteren Verzicht auf nationale Souveränität voraus, was allerdings nichts mit der Aufgabe des Parlamentsvorbehaltes zu tun hat. Sicherlich ist der Aufbau einer Europäischen Armee noch Zukunftsmusik. Es ist aber dennoch sinnvoll, bei allen bestehenden Meinungsverschiedenheiten einen Weg dorthin zu ebnen.

Europathemen: *Ist die Bundeswehrreform auf eine stärkere Europäisierung der Streitkräfte angelegt?*

Kastner: Einsparungen, Kürzungen und Personalabbau prägen die Reform der Bundeswehr. Hier besteht aus meiner Sicht auch die Chance, auf eine weitere Europäisierung der Streitkräfte bei Ausbildung und Ausrüstung hinzuwirken. Diese Chance könnte aus meiner Sicht allerdings intensiver genutzt werden. Abstimmungen mit den europäischen Partnern sind zugegebener Maßen nicht einfach, eröffnen aber vielerlei Perspektiven.

Europathemen: *Ist die Bundeswehrverwaltung gut vorbereitet auf eine stärkere europäische Verzahnung der Streitkräfte?*

Kastner: Die Bundeswehrverwaltung leistet seit Jahren eine sehr gute Arbeit nicht nur in Deutschland, sondern auch an den vielen Einsatzorten der Bundeswehr. Die Kooperation mit den europäischen Partnern gehört vielerorts bereits zum Alltagsgeschäft und funktioniert sehr gut. Selbstverständlich muss an der ein oder anderen Stelle noch nachgebessert werden, ich sehe aber aus Verwaltungssicht kein Hindernis für eine stärkere europäische Zusammenarbeit.



Susanne Kastner mit Konteradmiral Duncan Potts, Befehlshaber von Atalanta, der ersten EU-Marineoperation
© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde, 2012

Europathemen: *Bringt die Europäisierung der Sicherheitspolitik auch eine Änderung des Anforderungsprofils an die Soldatinnen und Soldaten mit sich?*

Kastner: Die deutschen Soldatinnen und Soldaten haben sich schon in vielfacher Hinsicht den internationalen Anforderungen der Einsätze angepasst. Bei meinen Besuchen in den Einsatzgebieten erlebe ich, dass der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Kameradinnen und Kameraden anderer Nationen weitgehend reibungslos verläuft. Auch in den bereits bestehenden internationalen Brigaden läuft die Arbeit unproblematisch.

Der Prozess der Internationalisierung der Bundeswehr ist aber niemals komplett abgeschlossen. So wird man bei der Ausbildung den internationalen Aspekt weiterhin berücksichtigen müssen und die Anforderungsprofile den jeweiligen Erfordernissen entsprechend anpassen. Das gilt aber nicht nur für die Soldatinnen und Soldaten, sondern ebenfalls für die Ausstattung und Ausrüstung.

Europathemen: *Wie schätzen Sie für die kommenden Jahre Europas Rolle in der NATO ein?*

Kastner: Die Rolle Europas in der NATO wird sich aus meiner Sicht zwangsläufig wandeln. Die Diskussion über die künftige Verteilung der Lasten innerhalb des Bündnisses ist dabei nichts Neues. Die Amerikaner fordern seit längerem

eine größere Beteiligung der Europäer und wollen nicht mehr den Löwenanteil der NATO-Militärausgaben schultern.

Voraussetzung für die gesamte weitere sicherheitspolitische Entwicklung ist es, dass mit Blick auf die neuen Bedingungen zunächst eine vernünftige und tragfähige Arbeitsteilung und Zielsetzung zwischen EU und NATO vereinbart wird. Auf dieser Basis gilt es dann, zur militärpolitischen Verantwortung zu stehen und so auch einen globalen Geltungsanspruch innerhalb der Nato zu bestärken und zu behaupten.

Europathemen: *Welche Bedeutung werden die USA in Zukunft für die europäische Sicherheitspolitik haben?*

Kastner: Wie bereits mehrfach erwähnt, wird die USA in der europäischen Sicherheitspolitik eine deutlich geringere Bedeutung spielen wollen als in zurückliegenden Jahrzehnten. Für die Amerikaner liegt Europa mittlerweile am Rande des machtpolitischen Kräftespiels. Der Fokus liegt nun im asiatisch-pazifischen Raum.

Europa muss daher versuchen, den amerikanischen Rückzug durch ein stärkeres eigenes Engagement in der NATO zu kompensieren und die USA so weiter eng an Europa zu binden. Ein solches Vorgehen erscheint auch erfolgversprechend, denn obgleich die USA mehr Initiative von den Europäern fordern, wollen sie gleichfalls ihren Führungsanspruch nicht einbüßen.

Europathemen: *Welchen Beitrag kann die EU – besonders mit Blick auf den Iran – zu einer sicherheitspolitischen Stabilisierung im Nahen und Mittleren Osten leisten?*

Kastner: Die aktuelle Lage im Nahen Osten ist Besorgnis erregend. Der Iran hat Europa bereits Anfang des Jahres vor „schwerwiegenden Konsequenzen“ aufgrund des in Kraft getretenen Ölembargos gewarnt. Die verhängten Sanktionen seien „unvernünftig und ungerechtfertigt“. Diese Reaktion macht deutlich, dass die EU einen wunden Punkt getroffen hat. Wirtschaftliche Sanktionen sind allerdings nur ein Teilaspekt des Maßnahmenkataloges, mit dem die EU verstärkt Einfluss auf den Iran ausüben kann. Gleichzeitig müssen die internationalen Verhandlungen fortgesetzt werden, um letztlich mit vereinten Kräften auf diplomatischem Wege zu einer Lösung des Konflikts zu kommen.

Europathemen: *Wie sollte der europäische Beitrag zu einer stabilen Weltsicherheitsordnung aussehen?*

Kastner: Leider gibt es auf eine derart komplexe Frage nicht die richtige Antwort. Die EU hat sich mit dem Lissabonner Vertrag allerdings ehrgeizige Ziele für ihr auswärtiges Handeln gesetzt. So will sie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts festigen und fördern, den Frieden erhalten, Konflikte verhüten und die internationale Sicherheit stärken. Ferner will sie die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern vorantreiben und die Armut beseitigen, sie will Handelshemmnisse abbauen und die Umwelt erhalten und zudem noch den Opfern von Naturkatastrophen helfen und die multilaterale Zusammenarbeit der Völker der Welt stärken. Damit hat sich die EU eine sehr große Agenda vorgenommen, deren Realisierung auf viele Schwierigkeiten stoßen wird. Für jeden Teilbereich sind andere Strategien und Maßnahmen notwendig, sodass niemand ein Patentrezept hat, das bei allen Eventualitäten zum Einsatz kommen könnte.

Die EU kann aber aus meiner Sicht auf vielfältige Erfahrungen bei multilateralen Konflikten in den unterschiedlichsten Regionen zurückgreifen. Diplomatische Bemühungen und finanzielle Sofortmaßnahmen bei Katastrophen sind hier zwei Aspekte, die ich explizit nennen möchte. Die EU wird aber bei jedem Einzelfall neu prüfen müssen, welche Maßnahmen angemessen und durchführbar sind, um zu einer stabilen internationalen Gemeinschaft beizutragen.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin
Tel.: +49/(0)30/4081-40
Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemmann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt:

Lob & Kritik

An- & Abmeldung von Europathemen

Internet: http://www.dbb.de